

## Kindheit im sozialen Wandel: der "Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg"

Hettinger, Jochen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hettinger, J. (1996). Kindheit im sozialen Wandel: der "Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg". *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 15, 3-6. <https://doi.org/10.15464/isi.15.1996.3-6>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

publik von allen Kindern unter der Armutsschwelle 43 % bei einem alleinerziehenden Elternteil - 1994 waren es 46 %. Das Leben in unvollständigen Familien und Kinderarmut hängt somit eng zusammen. Mit der Ausbreitung dieser Lebensform ist die Wahrscheinlichkeit „arm“ zu sein innerhalb dieser Gruppe jedoch gesunken: 1984 lebten noch 35 % aller Kinder mit alleinerziehendem Elternteil unter der Armutsschwelle, 1994 waren es dagegen 25 %. Das dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß hier eine zunehmende Inanspruchnahme von Sozialhilfe festzustellen ist: 1984 bezogen noch 53 % der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten Sozialhilfe, 1994 waren es bereits 71 % - was wohl auch eine weitere Ausdehnung der Kinderarmut verhindert hat. Im ostdeutschen Transformationsprozeß hat sich allerdings im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit und dem Wegfallen umfassender Kinderbetreuungseinrichtungen die Armut vor allem in Haushalten von Alleinerziehenden deutlich erhöht. 1994 befanden sich von den Kindern in den neuen Bundesländern, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, 34,6 % unterhalb der Armutsschwelle.

Während nun Alleinerziehende in verstärktem Maße Unterstützung durch Sozialhilfe erfahren, kommt diese Unterstützung in anderen Familienformen mit Kindern seltener vor. So findet man, daß zu beiden Untersuchungszeitpunkten jeweils mehr als zwei Drittel aller Kinder in Haushalten unter der Armutsschwelle keine Sozialhilfe erhielten. Dabei zeigt sich, daß Kinder in Haushalten mit Sozialhilfebezug Mitte der neunziger Jahre seltener unter die Armutsgrenze absanken als noch Mitte der achtziger Jahre: 1994 lebten 33 % der Kinder in Haushalten, die Sozialhilfe bezogen, gleichzeitig auch unterhalb der Armutsschwelle, 1984 waren es noch 57 %. Das Instrument Sozialhilfe hat demnach zur Bekämpfung von Kinderarmut an Wirksamkeit gewonnen.

Armutsquoten hängen in starkem Maße von der zugrundeliegenden Berechnungsweise ab. Bei einer Vorgehensweise, wie sie hier eine international vergleichende Studie vorgibt, erscheint die Kinderarmut weniger dramatisch als es verschiedene Berichte in den Medien befürchten lassen. Der Vergleich mit den skandina-

vischen Ländern zeigt dennoch, daß Kinderarmut erfolgreicher bekämpft werden kann als dies in der Bundesrepublik geschieht. Die starke Zunahme von Kinderarmut bei Alleinerziehenden in Ostdeutschland macht aber deutlich, daß neben wohlfahrtsstaatlichen Transferleistun-

gen auch Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Komponente in der Bekämpfung von Kinderarmut darstellen.

Stefan Weick, ZUMA  
(Tel. 06211/246-245)

## Kindheit im sozialen Wandel

### Der „Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg“

**Kinder sind von sozialen Veränderungsprozessen direkt betroffen – die hohe Zahl der Arbeitslosen, Veränderungen in den Formen familiären Zusammenlebens, der Wandel in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, die Zunahme des Individualverkehrs sind nur einige Beispiele dafür. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Lebenswelten und der Alltag von Kindern je nach regionalen, sozialen, gruppen- und geschlechtsspezifischen sowie individuellen Faktoren ganz unterschiedlich darstellt. Insofern spiegelt auch die Lebenssituation von Kindern die „neue“ Unübersichtlichkeit, die häufig beschriebenen Individualisierungsprozesse und den Zerfall übergreifender sozialer Strukturen wider. Um so dringender ist die differenzierende Analyse der tatsächlichen Lebensbedingungen der Kinder. Der „Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg“ leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die Zielsetzung, die Vorgehensweise und einige wesentliche Ergebnisse des Kinderberichts, der vom Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst des Landes Baden-Württemberg im August 1995 veröffentlicht wurde.**

#### Lebenswirklichkeit und Problemlagen von Kindern vielfältig

Zielvorgabe für die Erstellung des Kinderberichts war es, eine möglichst umfassende, aktuelle und nach unterschiedlichen Lebenslagen differenzierte Darstellung der Lebenssituation von Kindern in Baden-Württemberg zu leisten. Eine derartige zusammenfassende Betrachtung bietet die Grundlage für die Entwicklung politischer Handlungsperspektiven und für die konzeptuelle und organisatorische Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe. Darüber hinaus war es ein wesentliches Anliegen, das Interesse der Öffentlichkeit an der Lebenssituation von Kindern zu wecken und wachzuhalten und den Belangen von Kindern öffentliche Aufmerksamkeit zu sichern. Die Erarbeitung und Bewertung kurzfristig umsetzbarer Handlungsalternativen oder die Prüfung der Wirksamkeit und der „Nachfrageorientierung“ entsprechender Maßnahmen war dagegen nicht das vorrangige Ziel des Kinderberichts.

Die Ausführungen im Kinderbericht beruhen im wesentlichen auf der Analyse vorliegender Daten. Dabei wurden sowohl Angaben aus der amtlichen Statistik genutzt wie auch Forschungsergebnisse aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Arbeitsbereichen. Aussagen von Kindern wurden ebenfalls einbezogen. Zusätzlich wurde eine Gemeindevollerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in den einzelnen Kapiteln des Kinderberichts eingearbeitet.

Im ersten Teil des Kinderberichts wird die demographische Entwicklung analysiert. Die Darstellung der Situation der Kinder in wichtigen Lebensbereichen (Familie, wirtschaftliche Situation, Kinder und Arbeitswelt, Wohnen, Gesundheit, Tagesbetreuung, Schule und Freizeit) ist das Thema des zweiten Teils. Der dritte Teil beschäftigt sich mit Kindern, die besondere Hilfen brauchen: Kinder ausländischer Herkunft, Kinder mit Behinderungen, Kinder mit psychosozialen Auffälligkeiten und psychischen Erkran-



kungen, von Scheidung betroffene Kinder und Kinder als Opfer und Urheber von Gewalt. Die Hilfs- und Unterstützungsangebote werden ebenfalls behandelt. Der vierte Teil des Kinderberichts ist dem Thema „Kinderpolitik als Querschnittsaufgabe“ gewidmet: Grundlagen, Strukturen und Realisierungsmodelle von Kinderpolitik werden vorgestellt und diskutiert.

**Langfristig abnehmende Zahl von Kindern**

Durch Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse wuchs die Bevölkerung in Baden-Württemberg zwischen 1950 und 1993 um 3,8 Millionen auf jetzt 10,2 Millionen Einwohner. Der abnehmenden Kinderzahl in den siebziger und achtziger Jahren steht nun wieder eine gewisse Zunahme gegenüber: lebten zu Beginn der siebziger Jahre 2,2 Mio. Kinder in Baden-Württemberg, so waren es 1984 nur noch 1,4 Mio; für das Jahr 1999 rechnet man mit 1,8 und für das Jahr 2010 mit rund 1,5 Mio. Kindern. Die Zunahme der Schülerzahlen führt zu wachsenden Anforderungen an die schulische Versorgung der Kinder und wahrscheinlich auch zu einer steigenden Nachfrage nach Plätzen in der Tagesbetreuung. Regionale Unterschiede machen eine erhebliche Flexibilität in den Planungen und den Angebotsstrukturen erforderlich. Kleinräumige Analysen sind hier unverzichtbare Grundlagen der Planung. Betrachtet man den prozentualen Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung (d.h. Kinder, die

noch nicht 15 Jahre alt sind), so wird deutlich, daß sich die Bevölkerungsstruktur in Richtung auf ältere Bevölkerungsgruppen verschiebt: 1970 waren 25 % der Einwohner Baden-Württembergs Kinder, 1993 lag ihr Anteil bei 16,9 % und für die Jahre nach der Jahrtausendwende wird mit einem Rückgang des Anteils auf 13,5 % gerechnet. Die Unterschiede im Altersaufbau der Bevölkerung und die jeweils unterschiedlichen Wanderungsbewegungen führen zu deutlichen regionalen Ungleichgewichten in der Entwicklung. Schon jetzt läßt sich feststellen, daß Kinder - im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung - eher in ländlichen Gebieten wohnen, in großen Städten ist ihr Anteil besonders niedrig. Die relative Abnahme der Kinderzahl könnte u. a. dazu führen, daß Kinder in ihren Rechten und Bedürfnissen weniger wahrgenommen werden, daß sie vereinzelter aufwachsen und sich mehr auf organisierte Formen des Zusammentreffens mit anderen Kindern orientieren müssen.

**Zerfall oder Fortbestand der Familie ?**

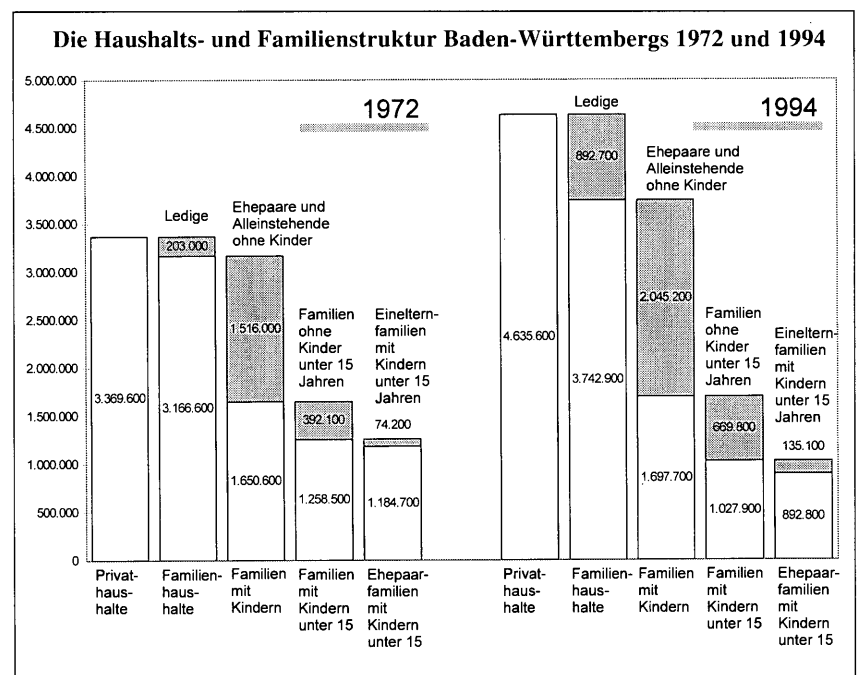
Die Familie ist ohne Zweifel ein besonders wichtiger Bereich im Alltag von Kindern, auch wenn die Bedeutung der Fami-

lie und ihre Wahrnehmung durch die Kinder je nach ihrem Alter ganz unterschiedlich ist. Von einem generellen Bedeutungsverlust der Familie kann nicht gesprochen werden. Die Art, die Dauer und die Kontinuität des familiären Zusammenlebens haben sich allerdings in den letzten Jahrzehnten deutlich geändert (vgl. Graphik 1).

Das läßt sich u. a. am gestiegenen Risiko von Kindern, eine Scheidung der Eltern zu erfahren, ablesen: waren 5,1 % der Kinder der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1958 mit der Scheidung ihrer Eltern konfrontiert, so sind es bei den zwischen 1974 und 1978 geborenen Kindern 10,4 %. Allerdings ist die Zahl der Scheidungen im Verhältnis stärker gestiegen als die Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder. Zu beachten ist auch, daß von den schätzungsweise 150.000 minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg, die die Scheidung ihrer Eltern erlebt haben, ungefähr die Hälfte bei einem wiederverheirateten Elternteil lebt (Bezugsjahr 1991).

Differenzierungen sind auch erforderlich bei der Betrachtung der zunehmenden Pluralisierung der Familienformen: für über neunzig Prozent der in Baden-Württem-

**Graphik 1:**



Quelle: Bericht zur Situation der Kinder in Baden-Württemberg, S. 22, (Agentur für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber und Partner in Stuttgart)

berg lebenden Kinder ist die herkömmliche Form der Familie als gemeinsamer Haushalt verheirateter Eltern mit ihren leiblichen Kindern die alltägliche Lebensrealität. Allerdings hat sich die Zahl alleinerziehender Eltern zwischen 1972 und 1992 mehr als verdoppelt. Ähnliches gilt für den Geschwisterkontext der Kinder: mehr Kinder als früher wachsen als Einzelkinder auf (1992 schätzungsweise 15 %), die Hälfte der Kinder haben einen Bruder oder eine Schwester. Bedeutsame Veränderungen lassen sich auch in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern in der Familie feststellen, wobei die verbreitete Vorstellung von der „nachlassenden Erziehungskraft“ der Familie nicht unkritisch übernommen werden sollte.

### **Mangel an kindgerechten Lebensräumen**

Die Wohnsituation von Familien mit Kindern hat sich in Baden-Württemberg in den letzten Jahren verbessert. Allerdings haben Familien mit Kindern immer noch deutlich weniger Wohnfläche und weniger Wohnräume pro Person zur Verfügung als Familien ohne Kinder. 7,4 % der Ehepaare mit einem Kind hatten 1993 weniger als 60 qm zur Verfügung und lagen damit unter den „Kölner Empfehlungen“ zum Wohnungsbau. Die Wohnkostenbelastung von Familien mit Kindern ist höher als die ohne Kinder, ihr verfügbares Einkommen dagegen im Durchschnitt wesentlich geringer. 1988 wendeten Familien mit Kindern im Durchschnitt 27 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für Wohnkosten auf, bei Alleinerziehenden, Familien mit geringem Einkommen und jungen Familien machten diese Ausgaben bis zu 50 % aus.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind also von den Problemen in der Versorgung mit Wohnraum und der Schaffung angemessener räumlicher Bedingungen für ihre Kinder in ganz unterschiedlicher Weise betroffen. Problematisch ist die Situation insbesondere für Kinder von Alleinerziehenden, ausländische Kinder und Kinder aus Familien, die obdachlos sind. Auf der Grundlage der Gemeindeerhebung wird geschätzt, daß es in Baden-Württemberg 1993 etwa 10.600 „eingewiesene“ Haushalte gab, in denen ca. 8.000 Kinder lebten. Diese Gruppe ist allerdings nur ein Ausschnitt aus dem Kreis der Betroffenen; exakte Zahlen liegen nicht vor.

Aber nicht nur die Wohnung hat entscheidenden Einfluß auf die Lebensqualität von Kindern, auch das Wohnumfeld spielt hier eine große Rolle. Eine Untersuchung in Freiburg zeigt, daß weniger als 40 % der Kinder in einem günstigen Wohnumfeld leben. Die Aktionsraumqualität, also die Nutzungsmöglichkeiten und die Zugänglichkeit der Wohnumgebung für Kinder, läßt häufig zu wünschen übrig. Dies macht sich in den Freizeitaktivitäten der Kinder bemerkbar: die Nutzung elektronischer Medien ist dort besonders ausgeprägt, wo die Spielmöglichkeiten außerhalb der Wohnung ungünstig sind. Der Bedarf an organisierten Nachmittagsangeboten ist in diesen Wohngebieten besonders hoch.

Das Verkehrsunfallrisiko für Kinder und die Art der Verkehrsunfälle sind je nach Alter der Kinder, ihrem Geschlecht, der Art ihrer Verkehrsbeteiligung und ihrer Staatsangehörigkeit unterschiedlich: ältere Kinder sind stärker gefährdet, Jungen erleiden häufiger Unfälle als Mädchen, kleine Kinder verunglücken häufiger als Mitfahrer, Grundschul Kinder häufiger als Fußgänger und Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren werden zu mehr als der Hälfte als Fahrradfahrer in Unfälle verwickelt. Ausländische Kinder haben ein höheres Verkehrsunfallrisiko als deutsche Kinder. Insgesamt liegt dieses Risiko bei Kindern unter dem anderer Bevölkerungsgruppen. In den letzten Jahren ist in Baden-Württemberg ein abnehmender Trend in den Unfallzahlen zu beobachten. Dennoch ist ein erheblicher Teil der gesundheitlichen Schädigungen von Kindern durch Unfälle auf den Verkehr zurückzuführen.

### **Neue Anforderungen an die Kinderbetreuung**

Die Zahl der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder im Kindergartenalter hat von 1993 bis 1994 in Baden-Württemberg um knapp 2,5 % zugenommen, wobei die Zunahme bei Regelkindergärten mit Zusatzbetreuung und bei Einrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten am deutlichsten ausfiel (16 bzw. 19 %). Träger sind zu knapp 60 % die Kirchen, zu 37,5 % sind es kommunale Träger. Die Rahmenbedingungen unterscheiden sich je nach Angebotsform: so beträgt die Regelgruppengröße für Regelkindergärten 25 Kinder, für Kindergärten mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten 22 und für

Ganztagskindergärten 20 Kinder. Die Versorgungsquoten im Kindergartenbereich lagen 1994 in Baden-Württemberg im Durchschnitt bei 93,4 % (bezogen auf Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren).

Das Angebot an Krippenplätzen ist sehr gering, 1994 wurden nur ein Prozent der Kinder unter 3 Jahren in einer Krippe betreut. Auch bei den Kindern im Schulalter ist die Besuchsquote niedrig: 2,3 % der 6 - 10 jährigen und 1,1 % der 6 - 15 jährigen besuchen einen Hort (Bezugsjahr 1993).

Während der Bedarf an Kindergartenplätzen durch den ab 1996 geltenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz weitgehend festgelegt ist, ist er für Kinder unter 3 Jahren und für Kinder im Schulalter wesentlich schwieriger zu ermitteln. Bei der Ganztagsbetreuung für Schulkinder gehen kleinere Gemeinden von einem Bedarf von 8 % der Schulkinder aus, größere Städte legen einen Anteil von 14 % zugrunde. Für die 0 - 3 jährigen werden Planungsrichtwerte von 4 - 9 % dieser Altersgruppe genannt.

### **Kinder und Gewalt: eher Opfer als Täter**

Kinder sind individueller und struktureller Gewalt in besonderem Maß ausgesetzt. Die verfügbaren Daten bilden allerdings nur einen beschränkten Bereich der Gewalt gegen Kinder ab: im Jahr 1994 wurden in Baden-Württemberg 3.302 Kinder (1.265 Jungen, 2.037 Mädchen) Opfer einer Straftat, die ihre körperliche oder seelische Unversehrtheit bedrohte oder schädigte (dazu gehören Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Mißhandlung Schutzbefohlener, gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, versuchte und vollendete Tötung). Die Zahl der Raub- und Körperverletzungsdelikte, bei denen Kinder die Opfer waren, und die Zahl der in der Polizeistatistik erfaßten Sexualstraftaten haben sich seit Anfang der achtziger Jahre erhöht: so wurden 1994 20,7 % mehr Kinder als Opfer von Sexualstraftaten erfaßt als 1982. Ungefähr gleichgeblieben ist die Zahl der betroffenen Kinder durch Delikte im Sinne des § 223b StGB (Mißhandlung Schutzbefohlener). Zu den nicht polizeilich erfaßten Gewalthandlungen (Dunkelfeld) liegen nur Schätzungen vor. Danach ist die Zahl sexueller Gewaltta-

ten an Mädchen zwischen 18 und 20 mal höher anzusetzen als die in der Polizeilichen Kriminalstatistik berichteten Zahlen.

Kinder sind aber nicht nur Opfer von Gewalt, sondern sie sind auch Urheber gewaltsamer Handlungen. Die Auswertung einer Untersuchung über raufereibedingte Unfälle an Schulen für den Zeitraum 1982 bis 1991 ergibt zwar keinen ansteigenden Trend und auch keinen Hinweis auf eine zunehmende Brutalisierung der Auseinandersetzungen zwischen Kindern, wohl aber eine deutliche Ungleichverteilung in Bezug auf die einzelnen Schularten. Die Zahl tatverdächtiger Kinder hat nach Auswertungen des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg zwischen 1984 und 1994 um 58 % zugenommen. Allerdings liegt die Zunahme bei Kindern unter der bei anderen Altersgruppen. Bei Delikten im Bereich der Gewaltkriminalität (u. a. Mord, vorsätzliche Tötung, Vergewaltigung, Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung) ist zwischen 1984 und 1992 keine Zunahme zu beobachten, zwischen 1993 und 1994 stieg die Zahl der erfaßten Delikte allerdings deutlich.

Insgesamt ist festzustellen, daß die verfügbaren Daten unzureichend sind. Pauschale Schlußfolgerungen und verallgemeinernde Aussagen sind wenig hilfreich. Statt dessen muß der Versuch gemacht werden, die realen Entwicklungen zu analysieren und zu verstehen, um darauf aufbauend geeignete Maßnahmen der Vorbeugung und der Hilfestellung zu entwickeln. Die Gestaltung einer kindgerechten Lebensumwelt kann hier einen wesentlichen Beitrag leisten, ebenso gezielte Angebote für bestimmte Gruppen von Kindern (z. B. die sogenannte „Lückekinder“, also Kinder im Alter von 10 - 14 Jahren, die für die klassischen Kinder- (Kultur-)Angebote zu alt und für jugendlichen-Angebote noch zu jung sind).

#### **Perspektiven einer „Politik für Kinder“**

Politik für Kinder findet ihre Legitimation nicht nur in humanitären und staatsbürgerlichen Überlegungen, sondern ist auch ganz wesentlich im eigenständigen Wert der Lebensphase „Kindheit“ begründet. Dies kommt auch in der umfassenden

Zielbeschreibung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum Ausdruck (vgl. § 1 KJHG). Politik für Kinder umfaßt dabei sowohl unterschiedliche Ebenen politischen Handelns (Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) wie auch unterschiedliche Handlungsbereiche (u. a. Bildungs-, Sozial-, Verkehrs- und Arbeitsmarktpolitik). Kinderpolitik ist daher als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die die Analyse aller relevanten Lebensbereiche von Kindern voraussetzt und eine intensive Kooperation der unterschiedlichen Handlungsträger notwendig macht.

Kommunalen Maßnahmen kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Im Kinderbericht werden eine Reihe von Organisationsformen kommunaler Kinderpolitik beschrieben. Zu nennen sind hier z. B. die Modellprojekte „Kinderfreundliche Stadt“ in Konstanz und Tübingen, die Einrichtung von Verwaltungsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, Kinderkommissionen, Kinderanwälte, Kinderbeauftragte und Kinderbüros. In einigen Gemeinden Baden-Württembergs wird geprüft, inwieweit Kinderverträglichkeitsprüfungen eine geeignete Möglichkeit darstellen, den Interessen von Kindern Geltung zu verschaffen. Erfahrungen aus den oben genannten Ansätzen weisen daraufhin, daß es - neben allen positiven Auswirkungen - immer noch schwierig ist, die Interessen der Kinder im Konflikt mit anderen Interessen durchzusetzen und das Vorgehen der Verwaltung zu koordinieren. Vorhaben, in denen Kinder selbst direkt in politisches Handeln einbezogen werden, sollten sich auf konkrete Projekte im Erfahrungsbereich der Kinder beziehen und die kindlichen Erfahrungs- und Handlungsweisen berücksichtigen (z.B. keine Stellvertreterwahl, sondern gemeinsame Aktionen).

#### **Kinder vielfältig von sozialem Wandel betroffen**

Der Kinderbericht bietet eine differenzierte und materialreiche Darstellung der wichtigsten Lebensbereiche von Kindern in Baden-Württemberg. Er macht deutlich, daß und in welcher Form diese Lebensbereiche vernetzt sind: Gesundheit und Krankheit der Kinder z. B. ist mit wirtschaftlichen, sozialräumlichen, sozioökonomischen, kulturellen und sozialen Prozessen verbunden (u. a. Werbung in den Medien, Warenangebot für Kinder und Suchtverhalten; Gefährdungen im

Verkehr; Gewalt in der Familie; kulturelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen). Präventive Maßnahmen und Angebote der Jugendhilfe müssen sich auf diesen vernetzten Handlungsraum beziehen. Initiativen in einem Bereich können Wirkungen in ganz anderen Bereichen zeigen, etwa wenn die Förderung von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und die Verbesserung der Aktionsraumqualität zu einer Abnahme delinquenten und gewalttätigen Verhaltens von Kindern beiträgt.

Der Kinderbericht zeigt, daß Kinder vielfältig vom sozialen Wandel betroffen sind: Sie sind einbezogen in einen Prozeß gesellschaftlichen Wandels, auf den sie kaum Einfluß haben, der ihr Leben aber sehr weitgehend bestimmt. Neben bekannte Problemgruppen und Problemlagen treten neue Gefährdungen. Aufgabe (nicht nur) politischen Handelns ist es, dafür zu sorgen, daß aus der Lage der Kinder keine Notlage wird und daß Kinder nicht als die Verlierer aus diesem Prozeß hervorgehen.

*Jochen Hettinger  
Ministerium für Familie, Frauen,  
Weiterbildung und Kunst  
Baden-Württemberg,  
Tel.: (0711-644-2613)*